

# Wer bedroht unsere Demokratie

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Freidenker [1927-1952]**

Band (Jahr): **20 (1937)**

Heft 2

PDF erstellt am: **28.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-408765>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

lischen», und auch Queipo de Llano habe die Notwendigkeit einer geeinten starken Kirche betont. Die Zeitung «La Union» verlangte die Köpfe der Protestanten in Sevilla, und nur die Intervention des deutschen Konsuls soll entsprechende Massnahmen verhindert haben. Das britische Komitee für Zusammenarbeit in Spanien und Portugal gibt die Namen von 11 Protestanten, davon zwei Frauen, bekannt, die getötet worden sind. Weitere Berichte sind eingetroffen über die Hinrichtung zweier Protestanten in Peñaflor, zwei weitere in Castrogonzalo. «L'Etoile du Matin» spricht von 20 Evangelischen, die in Pradejón erschossen wurden. Zahlreiche Protestanten sind oder waren in Haft aus rein konfessionellen Gründen. Viele halten sich versteckt. An einigen Orten wird die Ausübung des protestantischen Gottesdienstes noch geduldet, während an andern ihre Lokale geschlossen, wenn nicht gar zerstört worden sind. Interessant ist, dass auch katholische Priester, falls sie sich gegen die Franco-Regierung ablehnend verhalten, vor dieser nicht sicher sind. So gibt die spanische Botschaft in London 11 weitere Namen katholischer Priester bekannt, die ohne Verhör von den Aufständischen erschossen worden sind, als Ergänzung zu einer früher bekanntgegebenen Liste von ca. 100 wegen antifascistischer Gesinnung erschossenen Liberalen, Freimaurern und katholischen Priestern. An der Spitze jener Liste steht neben andern Männern der Wissenschaft der Name des Dekans der Medizinischen Fakultät der Universität Saragossa, Prof. Don Gumereindo Sanchez Guisante.

## Wer bedroht unsere Demokratie?

In der Monatsschrift des schweizerischen Gewerkschaftsbundes «Die Arbeit» Nr. 12, 1936 schreibt M. W. unter dem obigen Titel zu dem beabsichtigten «Schutzgesetz» folgendes, das wir unsern Lesern zur Erhärtung unseres Artikels «Ecclesia dominans» (Nr. 1, 1937) zum Abdruck bringen.

«In scharfem Gegensatz zu diesen Tatsachen steht der grosse Feldzug, den die *katholisch-konservative Bewegung* und ihre Presse

*unter Führung der Jungkonservativen*

seit einiger Zeit gegen den Kommunismus führen. Man könnte sagen, die Konservativen unternehmen ein Trommelfeuer auf Mücken, wenn nicht hinter diesen Bestrebungen etwas ganz anderes stecken würde. Der konservative Angriff gilt in Wirklichkeit nicht den Kommunisten, sondern es ist *ein versteckter Angriff auf die Demokratie.*

Die katholisch-konservative Bewegung hat seit 1847, als sie mit Unterstützung ausländischer reaktionärer Mächte versucht hatte, die Gründung eines freiheitlichen Bundesstaates in der Schweiz mit Waffengewalt zu verhindern, sich nie völlig abgefunden mit den Grundgedanken der Demokratie. Das kam am deutlichsten zum Ausdruck während des Kampfes um die Totalrevision der Bundesverfassung, wo die konservative Presse im letzten Moment einen Verfassungsentwurf veröffentlicht hat, der nach seiner Annahme mit den demokratischen Einrichtungen in unserem Lande rasch aufgeräumt hätte. Da jener Vorstoss mit gewaltiger Mehrheit abgelehnt wurde, versuchen jetzt die Gegner der Demokratie auf der äussersten Rechten, mit andern Methoden zum Ziele zu gelangen.

Um ihre Absichten zu verschleiern möchten sie  
*Angst und Verwirrung schaffen im Volk.*

Zu diesem Zwecke werden Greuelnachrichten aus Spanien in einer Weise propagandistisch ausgeschlachtet, die an den Pranger gehört. Es sind Pamphlete verbreitet worden in der Bevölkerung, die eine *beispiellose Volksaufhetzung* bedeuten. Ein Beleg für diese Behauptung findet sich auf der vierten Seite. (Siehe Artikel «An den Pranger».)

Zur Ehre der katholischen Bewegung muss gesagt werden, dass nicht alle Zeitungen diese Hetze mitmachen. Es gibt

auch Kreise, die sich empört dagegen auflehnen. Allein die Brunnenvergiftung der äussersten Rechten wird damit nicht ungeschehen gemacht.

Wir sind auch der Meinung, dass ein demokratischer Staat sich nicht alles gefallen lassen soll. Ausländische Propaganda gegen unser Land dürfen wir nicht dulden, ebensowenig eine Volksverhetzung, die letzten Endes die Existenz des Staates bedroht. Doch wenn die Behörden die Demokratie schützen wollen, dann müssen sie *unerbittlich gerecht* vorgehen gegen Diktaturbestrebungen und Bürgerkriegsdrohungen *von allen Seiten*, und sie müssen es auf *verfassungsmässigem* Boden tun. Ferner darf die blosser Propaganda für eine Idee und die Gesinnung selbst nicht bestraft werden. Eine Demokratie, die, statt ihr Ideal zu verteidigen im geistigen Kampf, einfach Polizisten vorschickt, gibt sich selbst auf.

Die Massnahmen, die der Bundesrat auf Druck von konservativer Seite einseitig gegen die Kommunisten beschlossen hat, während er die frontistische und jungkonservative Propaganda unbehelligt lässt, entsprechen diesen selbstverständlichen Anforderungen nicht. Sie sind ein *Abbau der Demokratie* und untergraben auch den Glauben des Volkes an die Demokratie und ihre Lebenskraft.

Das Schweizervolk muss wachsam sein. Es darf sich nicht die Tatsachen vernebeln lassen durch eine Propaganda, die angeblich die Kommunisten bekämpft, in Wirklichkeit aber unsere Freiheitsrechte bedroht. Es muss sich auf einen langen, hartnäckigen Kampf für seine Freiheitsrechte vorbereiten und sich dabei bewusst sein:

*Die grösste Gefahr für die Demokratie droht von rechts.*

M. W.»

*Nachschrift der Redaktion:* Wir bedauern, dass wir M. W. in der letzten Nummer einen Vorwurf machten für die «müssige Frage», ob sich die Konservative Partei zu der Demokratie bekenne. M. W. ist, wie die vorstehenden Ausführungen dartun, völlig im Klaren, wer die Demokratie gefährdet. Aus diesem Grunde hätte er sich die damals in der «Berner Tagwacht» aufgeworfene Frage ruhig ersparen können. Der Vorwurf, eine müssige Frage gestellt zu haben, besteht aber trotz allem Bedauern zu Recht.

## Verschiedenes.

### Verbot der Freimaurerei.

Nachdem der Bundesrat und die parlamentarischen Kommissionen beschlossen haben, dem Parlament und dem Volk die Ablehnung der Freimaurer-Initiative zu beantragen, hat nun auch die katholisch-konservative Fraktion des Nationalrates die Ablehnung beschlossen. Es geschehen immer wieder Wunder! Aber wie alle Wunder des Katholizismus, lässt sich auch dieses Wunder leicht erklären. Die Initiative war zwar, so macht es den Anschein, von frontistischer Seite eingeleitet worden. Das Unterschriftenmaterial, wenn nicht noch mehr, lieferte aber die katholische Bevölkerung, vor allem die Jungkatholiken. Nun, der Schuss ging fehl. Da die Bürgerliche Mehrheit nur mit Hilfe der Bauernpartei und des Freisinns zustandekommt, diese aber der Initiative ablehnend gegenüberstehen, blieb dem Katholizismus nichts anderes übrig, als noch einmal in den ketzerischen Apfel zu beissen. Interessant ist aber eine diesbezügliche Meldung des «Vaterland» vom 17. Dezember, aus der hervorgeht, dass die katholisch-konservative Partei die Hoffnung hegt, dass der Moment später kommen werde, um in der Frage der Geheimgesellschaften das letzte Wort zu sprechen. Wir konstatieren: abgeschoben, aber nicht aufgehoben. Die katho-

## Die Redaktion

unterstützen Sie nur wirksam, wenn Sie den Zeitungsausschnitten Herkunft und Datum beifügen. Viel Interessantes ist wertlos, weil die Quelle nicht angegeben ist. Wir bitten um Beachtung dieses Wunsches.